

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
24 Beinahegebühren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: pro Haus monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18090
Sprechstunden: Montags von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: Die erstmalig gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0.35 RM, für Familienanzeigen 0.20 RM, für die Reklameseite anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1.50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Montag den 28. April 1930 Nummer 98

Das organisieren die „Linken“ SPD-Führer:

Zörgiebels Blutmai soll übertroffen werden

Massenaufmarsch für den Kommunismus wird die proletarische Antwort sein!

Die Große Koalition

Dresden, den 28. April.

„Ein solches Demonstrationserbe ist an dem Tag, welches für die Bewegung, mit dem 1. Mai in den Mittelpunkt der Bewegung, mit dem ganzen Arbeitererbe stehen. Dieser Tag ist der Tag der proletarischen Antwort auf die Herausforderung der Herrschaft der Bourgeoisie, als der Tag der proletarischen Antwort auf die Herausforderung der Herrschaft der Bourgeoisie.“
(Zentralkomitee „Dresdner Nachrichten“ vom 22. April.)

Mit den oben zitierten Worten forderte das Dresdner Jugendorgan „Der Kampf“ das Verbot des 1. Mai. Mit diesen Worten und einer nicht zu überbietenden Klugheit der letzten Tage haben die kapitalistischen Großkräfte an ihre staatlichen Organe die Order, den blutigen Belagerungszustand über den Weltkampf des revolutionären Proletariats zu verhängen. Die Order ist befolgt worden. Im Einverständnis mit dem „linken“ sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Fleißner hat die sächsische Bürgerblock-Regierung über die Amtshauptmannschaft Leipzig den Belagerungszustand verhängt. Gleichzeitig sind die örtlichen Polizeipräsidenten ganz Sachsen angewiesen worden, „mit allen Mitteln die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, insbesondere auch Demonstrationen zu verbieten“.

Die Koalition der Arbeiterfeinde ist vollständig. Von der Bluthöhe der Nazis gegen die KPD, über die sächsische Bürgerblock-Regierung bis zu den „linken“ SPD-Führern hat sich die Einheitsfront gegen den 1. Mai gebildet. Den blutigen Ereignissen des Ostermontags, wo ein Jungarbeiter die Demonstrationen der Fleißner-Polizei mit seinem Leben bezahlen mußte, sollen noch weitere folgen. Dem Berliner Blutmai des Jahres 1929 soll ein neuer im Jahre 1930 hinzugefügt werden.

Die Geschichte duldet kein Wiederholen. Waren es noch im vorigen Jahre die „linken“ SPD-Führer, die unter dem Druck ihrer Arbeiter und Anhänger Zörgiebels blutige Aktion „entdeckten“, so übernehmen ein Jahr später diese selben „Linken“ selbst die Rolle Zörgiebels. Ihre Depositionsgelüste gegen den Bürgerblock wird von der „sozialpolitischen Notwendigkeit“ überstimmt, in Sachsen die Große Koalition aufzurichten, nicht nur außer, sondern auch innerhalb der Regierung die blutige Senkerrolle am Proletariat zu übernehmen.

Belagerungszustand am 1. Mai unter Führung der „linken“ sozialdemokratischen Führer, das ist die Tatsache, die jetzt im tausendfältigen Echo in den Zeitungen, den Stempelstellen, den proletarischen Massenorganisationen widerhallen muß. Sie muß den sozialdemokratischen Arbeitern mit zwingender Notwendigkeit vor Augen führen, daß sie nichts mehr zu suchen haben in der Partei der blutigen Kapitalproletationen, daß sie sich verbünden müssen mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern zum Kampf gegen die Bürgerblockdiktatur und ihre willkürlichen, sozialfaschistischen Trabanten.

Das Proletariat Ostachsens wird in treuer Solidarität zu den Arbeitsbrüdern in Leipzig stehen. Das Proletariat Ostachsens wird am 1. Mai zu zehntausenden aufmarschieren unter den Fahnen und den Hähnen der kommunistischen Partei.

Verhaftungen in Dresden

Am Sonnabend wurden, wie wir erfahren, zwei revolutionäre Arbeiter von Dresden-Völkersdorf verhaftet. Einer der Verhafteten, Genosse Fritz Dümmig, ist der Vorhänger des revolutionären Volkskomitees von Völkersdorf. Seine Frau erhielt eine Mitteilung, daß er im Polizeipräsidium vorläufig festgehalten wird.

Ueber den Grund der Verhaftungen schweigt sich die Mitteilung des Polizeipräsidiums aus. Wir sind aber in der Lage, mitzuteilen, daß die Partei jetzt schuldig feststellte: es ist die „Arbeit“ des Polizeipräsidenten und Studenten Apelt, eines Studenten, der schon seit einigen Wochen von der Partei beobachtet wurde. Dieses Subjekt ist es auch, das die Spionagearbeit in der Technischen Hochschule und unter den höheren Schülern Dresdens ausübt.

Wir fordern die sofortige Haftentlassung der Verhafteten und protestieren gegen die Willkür der Polizei.

In der Stadt Wien erfolgte am 1. Vierteljahr 1930 im ganzen 624 Selbstmorde. Eine Illustration für das Massenleben im „toten“ Wien!

Mit Karabinern gegen KPD-Tagung

Fleißner schlägt schon los / Polizeiüberfall auf Leipziger UB-Parteitag

Leipzig, 28. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag dem 27. April fand in der Goldenen Krone im Hofraum der Unterbezirkspartei der KPD Leipzig statt. Während der Tagung überließ auf mündlichen Befehl des „linken“ Polizeipräsidenten Fleißner ein großes Aufgebot Schupo, die in 8 Bereitschaftswagen angerückt kam, und 13 Kriminalbeamte den Unterbezirksparteitag. Ohne jeden schriftlichen Befehl zur Durchsuchung oder Namensfeststellung erklärte der führende Polizeihauptmann Reih, daß er beauftragt sei, sämtliche Namen der Anwesenden festzustellen und eventuelles Material zu beschlagnahmen.

Die Fleißner-Polizei benahm sich außerordentlich provokatorisch. In dem Saal war Polizei mit Karabinern positioniert. Die ganze Umgebung des Saals war hermetisch durch Polizeiketten mit Karabinern abgesperrt. Auf den Tischen der umliegenden Häuser waren Polizeibeamte zu sehen. Sämtliche Namen der anwesenden Delegierten und Gäste wurden festgesetzt und einzelne nach Wachen durchlicht. Den Genossen Rädel hinterlegte man, sich beim Polizeipräsidium nach dem Grund der Durchsuchung und des Verhaftes auf den Parteitag zu erkundigen. Ohne jedes erbetene Material mußte die Fleißner-Polizei wieder abziehen.

Der Grund des Verhaftes ist, den Parteipapier der KPD fernzusperren und schon jetzt die Namenliste der Kom-

menden Verhaftungen festzulegen. Die juristische Handhabung für diesen unerhörten Polizeiüberfall bietet Generings Republikshängerei. Jetzt werden die SPD-Arbeiter wohl verstehen, warum auch ihre „linken“ Führer diesem Geheul zustimmen. Der „linke“ Fleißner bringt es als erster zur Anwendung.

Zörgiebel pflanzt Bajonette auf

Janische Ankündigungen für einen neuen Blutmai in Berlin

Berlin, 28. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Zörgiebel hat einem Berichterstatter der „Welt am Montag“ gegenüber erklärt, daß die Polizei unter allen Umständen die Ruhe und Ordnung am 1. Mai aufrechterhalten würde. In den sogenannten „Barrikadenbezirken“ Neukölln und Wedding wird die Polizei besonders zahlreich in Erscheinung treten. „Es müssen nicht erst 3 oder 4 Tote zu beklagen sein, ehe die Polizei eingreift“, erklärte Zörgiebel. „Die Macht der Polizei muß so stark wie nur möglich auftreten, um Unruhen vorzubeugen. Ich tue dieses auf die Gefahr hin, daß die KPD das als eine Provokation durch die Polizei bezeichnen. Aber alle große Dummheit ist in solchen Fällen eine falsch verstandene Demokratie.“

Bombenanschlag auf Sowjetbotschaft

Höllmaschine in Warschau, um Krieg zu provozieren / Rußlandhebe von Bilsudski bis 2. Internationale trägt ihre Früchte

Warschau, 27. April. (Eig. Bericht.)

Am Sonnabendvormittag wurde zufällig eine Höllmaschine in der Warschauer Sowjetbotschaft entdeckt. Die Höllmaschine bestand aus einem etwa 75 Zentimeter langen Rohr und wog mit einer großen Sprengladung 80 Pfund. Durch diese Bombe sollte das Gebäude der Sowjetbotschaft in die Luft gesprengt und somit der Krieg durch den polnischen Faschismus gegen die Sowjetunion provoziert werden.

Polnische Monarchisten haben von ihrem Klubgebäude diese Bombe an einem Draht über das Dach in den Hausflur der Sowjetbotschaft herabgelassen und die Uhr auf 20 eingestellt, einer Zeit, zu der die großen Personal-Konferenzen der Sowjetbotschaft stattfinden.

Seit langem schon sucht Bilsudski eine günstige Situation zum Vorschlagen gegen die Sowjetmacht. Die immer untröstlichere Lage der polnischen Arbeiter und Bauern, die immer gewaltigeren Massenkämpfe der polnischen Werkstätten, zwingt Bilsudski, Auswege zu suchen, und er weiß keinen anderen als den Krieg gegen die Sowjetmacht und blutigen Faschismus in Polen selbst.

Der Eindruck in Moskau

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Ueber den Bombenfund im Gebäude der Warschauer Sowjetbotschaft erklärt die Presse der Sowjetunion: Sowjetrussische Hochleute teilen übereinstimmend der Meinung, daß die Höllmaschine eine solche große Sprengkraft besaßen hätte, daß bei einer Explosion das gesamte Sowjetbotschaftsgebäude in Trümmer gelegt worden wäre. Die Tatsache, daß der Sprengkörper in der Nähe des zweiten Stockmezzes gefunden wurde, wo die Wohnräume des Gehandten liegen, beweist, daß man es besonders auf den Vertreter des Außenkommissariats der Sowjetunion abgesehen hat. „Es handelt sich offenbar um einen Versuch, zwischen Polen und der Sowjetunion kriegerische Verwicklungen herbeizuführen.“

Die „Zawetija“ erklärt, der Warschauer Anschlag sei der Welt die Gefahren, die von Seiten jener Elemente in Polen drohen, die vor keinem Mittel zurückzusehen, um einen Krieg gegen die Sowjetunion zu provozieren.

Der Stellvertreter des Außenkommissariats, Litwinoff, hat noch am Sonnabend dem Rat der Volkskommissare Bericht über den Bombenfund erstattet. Es wird erwartet, daß die Sowjetunion an die polnische Regierung eine Note richten wird, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die polnische Regierung alle Maßnahmen zur Verhaftung der Täter ergreifen wird.

Die indische Regierung wird ein allgemeines Urlandsverbot für das Militär erlassen, um es reiflich zur blutigen Erwidung der Revolution zur Verfügung zu haben.

In der Französischen Kammer wurde die Ermächtigung der Steuern für die Sozialpolitik beschlossen. Der Außenminister des Arbeiterherkers Horthy besuchte Blut-Schaber. Sie sind einander würdig.

Von Zörgiebel zu Fleißner ...

Als vor einem Jahre Zörgiebel den Belagerungszustand über den Maikampf der Berliner Proletariats verhängte, schrieb am 22. April das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“:

„Diese Komödie des kleinen Belagerungszustandes in Berlin läßt ein furchtbares Trauerspiel am 1. Mai ahnen. Nachher kann der „Vorwärts“ viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord usw. erzählen. Der einfache, d. h. nicht am „Achtuhr/abendsblatt“ geschulte Verstand sieht nur auf der einen Seite die von der Polizei erschossenen Arbeiter, auf der anderen Seite erinnert er sich, daß auch Herr v. Jagow die Maidemonstrationen nicht unterdrücken konnte. Es ist sehr einfach, die Schuld an dem Unglück, das der 1. Mai 1929 über viele Arbeiterfamilien bringen wird, den Kommunisten zuzuschreiben... wenn man kalten Herzens zusieht, wie alle Vorbereitungen getroffen werden, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten Zörgiebel aus dem Jahre 1929 niederzuschleusen.“

Und heute, ein Jahr später, sind es die „linken“ Führer selbst, die „kalten Herzens alle Vorbereitungen treffen“, um am 1. Mai unter den Arbeitern ein Blutbad zu richten.